



Band 9. Zwei deutsche Staaten 1961-1989

Rassistische Angriffe gegen die Einbürgerung (14. September 1979)

Während der Rezession nach der zweiten Ölkrise begannen Neonazis, in ihren Publikationen mit fremdenfeindlichen Parolen die Angst vor Arbeitslosigkeit und den Sozialneid der ärmeren Deutschen auszunutzen und mit einer Kampagne gegen die Einbürgerung von Kommunisten und Kriminellen auf Stimmenfang zu gehen.

Helmut Schmidt macht aus Türken Deutsche! Ungeheuerlicher Anschlag auf unser Volkstum

Einen ungeheuerlichen Anschlag auf das deutsche Volkstum plant die SPD: Danach sollen Hunderttausende junge Türken, Griechen, Sizilianer und andere Südländer automatisch zu Deutschen gemacht werden. Voraussetzung soll lediglich sein, daß sie in der Bundesrepublik Deutschland geboren wurden oder – noch weniger – hier eine Schule besuchten.

Das würde bedeuten, daß die fremdländischen Jugendlichen alle Rechte eines deutschen Staatsbürgers erhalten, wahlberechtigt sind und in der Bundeswehr Dienst tun!

Der Entwurf dieses Planes stammt vom Gastarbeiter-Beauftragten der Bundesregierung, dem früheren SPD-Ministerpräsidenten Heinz Kühn von Nordrhein-Westfalen. Der Bundeskanzler soll seine Vorschläge bereits gebilligt haben.

Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde Bund und Ländern zur Stellungnahme zugeleitet. Danach soll den Ausländern ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung eingeräumt werden. Was nichts anderes heißt, als daß die Behörden jedem Kommunisten und jedem Kriminellen den deutschen Paß aushändigen müssen!

Das Vorhaben zeigt, welchen Stellenwert die Bonner Koalition dem eigenen Volkstum zuweist. Deutscher wäre man dann nicht mehr durch Abstammung und Geburt, sondern weil man sich einen guten „Job“ in der Bundesrepublik sichern möchte. Welche Beziehungen haben die jungen Türken zu ihrem zukünftigen „Vaterland“, außer daß sie sich in mangelhaftem Deutsch verständlich machen können? Sie können weder deutsch noch türkisch lesen und schreiben: Analphabeten im Niemandsland!

Menschen gänzlich anderer Kulturkreise werden künstlich zu etwas gemacht, das sie nicht sind. Mit Sicherheit entsteht ein neues Proletariat, dessen politische Bedeutung auf der Hand liegt. Mit Recht dürfen die SPD-Funktionäre annehmen, daß sich hier ein Wählerreservoir ausschließlich für die Linke in der Bundesrepublik auftut. Während es bisher der große Vorteil Deutschlands war, über eine weitgehend einheitliche Bevölkerungsstruktur zu verfügen, wird hier einer Mischrasse Vorschub geleistet, die politisch zu Sprengstoff wird.

Es ist grotesk: dasselbe Deutschland, das Hunderttausende aus dem Osten ihres deutschen Volkstums halber umsiedelt, ist bereit, ebensoviele Fremdvölkische zu Deutschen zu machen!

Während die Bundestagsparteien in der Vergangenheit darin übereinstimmten, daß die kleine Bundesrepublik kein Einwanderungsland sein könne, hat man jetzt die Firmierung „Aufenthaltsland für Ausländer“ erfunden.

Jüngste Statistiken besagen, daß von den nahezu vier Millionen Ausländern nur etwa 1,9 Millionen arbeiten, während schon zwei Millionen Familienmitglieder sind. Ein Mißverhältnis, das sich in den nächsten Jahren noch vergrößern wird. Allein in Baden-Württemberg sind rund 80 000 Ausländer gemeldet, deren Ehepartner noch in der Heimat leben. Außerdem sind die Kinder von rund 40 000 ausländischen Ehepaaren noch nicht in der Bundesrepublik. Diese sollen alle noch kommen!

Anstatt diese Welle zu stoppen und die Bereitschaft der Gastarbeiter zur Rückkehr in ihre Heimat zu fördern, will die von der SPD getriebene und von der FDP gehaltene Bundesregierung die „Familienzusammenführung“ auf deutschem Boden fortsetzen. Helmut Schmidt glaubt offenbar, ein Mittel gefunden zu haben, mit dem er den verheerenden Geburtenschwund während seiner Regierungszeit verkleistern kann. Hauptsache, die statistischen Zahlen stimmen.

Die roten Funktionäre aber warten schon lange darauf, der „Deuschtümelei“ – wie sie das Bekenntnis zur Nation nennen – ein Ende zu machen. Die Einbürgerung Hunderttausender entwurzelter Fremder erscheint ihnen als ein geeignetes Mittel.

Uns bleibt nur zu hoffen, daß die türkische Regierung dieser Entnationalisierung ihres Volkes einen Riegel vorschiebt und es uns selbst gelingt, diese gottverlassene Schmidt/Genscher-Regierung 1980 abzuwählen. Denn es ist fünf Minuten vor zwölf.

Quelle: M.W., „Helmut Schmidt macht aus Türken Deutsche!“, *Deutsche Nachrichten*, 14. September 1979.